

Gemeinsame Erklärung



Lufthansa

HESSEN



DFS Deutsche Flugsicherung



**regionales
dialogforum**

Flughafen Frankfurt

Gemeinsame Erklärung

Vorbehaltlich des Erlasses des Planfeststellungsbeschlusses und seiner Gesamtwürdigung durch die Parteien erklären wir hiermit:

Aktiver Schallschutz als ein Schlüssel zur Entlastung der Region von Fluglärm

1. Wir sind bereit den in der Diskussion zum Anti-Lärm-Pakt des RDF begonnenen Weg fortzusetzen. Maßnahmen des Schallschutzes, die auf eine Vermeidung von Fluglärm, eine Absenkung des entstehenden Fluglärms und eine Reduktion der Fluglärmwirkung abzielen, stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Die Reduktion des Fluglärms durch aktiven Schallschutz hat für uns beim Lärmschutz hohe Priorität.
2. Die Luftverkehrswirtschaft beabsichtigt im Rahmen der Gesamtwirtschaftlichkeit erhebliche Anstrengungen und finanzielle Mittel in den kommenden Jahren aufzuwenden, um die Potenziale des aktiven Schallschutzes in Frankfurt so effektiv wie möglich zu erschließen.
3. Wir streben an, den Fluglärm bzw. die Betroffenheit gegenüber dem für 2020 prognostizierten Wert deutlich zu reduzieren
4. Wir befürworten ein jährliches Monitoring der Wirkung der Maßnahmen z.B. in Form eines geeigneten Fluglärmindexes sowie die permanente Überprüfung der bereits erreichten Erfolge. Der im RDF vorgestellte Fluglärmindex kann hierbei als Aufsetzpunkt dienen.
5. Wir werden schon vor Eröffnung der neuen Bahn mit ersten Schritten zur Einführung von konkreten einvernehmlichen Maßnahmen beginnen. Hierzu gehören die notwendigen Prüfungen der Maßnahmen (insbesondere Lärmentlastungswirkung, Kapazität und Sicherheit), deren Planungen sowie die Beantragung und Werbung für das Einverständnis relevanter Behörden und Gremien, soweit dies erforderlich ist. Nach den bisherigen Diskussionen stehen zu weiteren Prüfungen u. a. die Anhebung des Anfluggleitwinkels, die Anhebung der Rückenwindkomponente, laterale und vertikale Optimierung von Start – und Landeverfahren sowie Dedicated Runway Operations an. Weitere Prüfungen betreffen Maßnahmen zur Reduktion der Lärmemissionen am Fluggerät selbst.
6. Wir wollen darüber hinaus ganz bewusst langfristig und kontinuierlich am Thema Aktiver Schallschutz weiter arbeiten. Wir wollen dies gemeinsam tun mit Wissenschaft, regionalen Betroffenen, Bund, Land und nicht zuletzt der Kommission zur Abwehr des Fluglärms. Ziel ist es einen Prüf- und Diskussionsprozess einzuleiten, der hilft, weitere Lärminderungspotenziale zu erschließen.
7. Das Land nimmt seine Rolle als Aufsichtsbehörde für den Flughafen gerade auch im Hinblick auf den Lärmschutz als zentrale Verantwortung an und wird seine Spielräume zum Ausgleich der Interessen, sowie zur Unterstützung von Innovationen nutzen und den Prozess in diesem Sinne weiterhin aktiv begleiten.

8. Es wird angestrebt, dass Wege und Regelungen gefunden werden, die es erlauben, dass das Engagement solcher Fluggesellschaften, die Maßnahmen zur Reduktion der Lärmemissionen am Fluggerät und am Boden realisieren, besonders berücksichtigt wird.

Regionaler Interessenausgleich, Passiver Schallschutz und Immobilienmanagement

1. Vom Ausbau des Flughafens und den damit verbundenen Wachstumspotenzialen für die Luftverkehrsgesellschaften profitiert die Region aus einer Vielzahl von Gründen: Zusätzliche Arbeitsplätze von Höchstqualifizierten bis hin zu Einfachqualifizierten, zusätzliche Investitionen und Beschaffungsvolumina in Milliardenhöhe, gerade auch für mittelständische Unternehmen dieser Region Rhein-Main, oder z.B. in Form zusätzlicher Steuereinnahmen.
2. Gleichzeitig sind aber auch Lasten mit dem Betrieb vor allem aufgrund des Fluglärms verbunden, die in der Region ungleich verteilt sind. Wir stellen uns daher der Aufgabe, kompensatorische und in der Region ausgleichende Maßnahmen vorzusehen, die Entlastung bieten sollen und halten die im Rahmen der RDF-Anti-Lärm-Pakt-Gespräche diskutierten Vorschläge für einen guten Aufsetzpunkt.
3. Das Land Hessen ist bereit, der Region für diesen Zweck die Bildung eines Regionalfonds wie im RDF vorgeschlagen anzubieten, dessen Mittel für eine Reihe verschiedener Betroffener verwendet werden könnten. Das Land Hessen wird einen Dialog initiieren, wie der Fonds mit Mitteln des Landes Hessen und weiterer von dem Ausbau profitierender Beteiligter gespeist werden kann. Dabei wird auch berücksichtigt, dass sich die Luftverkehrswirtschaft bereits durch die Finanzierung des Ausbaus und durch künftige Maßnahmen der Fluglärmreduzierung stark engagiert.
4. Auf Basis eines im Einzelnen noch zu erstellenden Konzepts sollen Maßnahmen zur langfristigen Sicherstellung einer adäquaten sozialen und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung der Region finanziert werden. Hierüber können Kommunen Mittel aus diesem Regionalfonds beantragen, die besonders stark vom Lärm betroffen sind.
5. Im Einzelfall sollen darüber hinaus Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, die besonders stark von Flugverkehr betroffen sind, Mittel beantragen können. Dies kann sich auch auf Eigentümer von besonders betroffenen Wohnimmobilien erstrecken.
6. Darüber hinaus hält das Land an seiner Absicht fest, eine umfassende Konferenz zum Thema landseitige Verkehrsanbindung des Flughafens durchzuführen und die Ergebnisse in seinen weiteren mittelfristigen Überlegungen und Planungen zu berücksichtigen.

Vertrauensbildung, Transparenz, Dialog

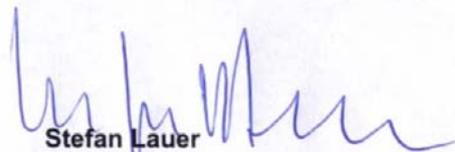
1. Wir beabsichtigen, nach dem Planfeststellungsbeschluss ein neues Kapitel der Kooperation in der Region zu beginnen. Dabei können wir auf den Erfahrungen aus 10 Jahren Mediation und Regionales Dialogforum aufbauen. Es gilt aber auch, Inhalte und Strukturen an die aktuelle Situation anzupassen.
2. Wir streben gemeinsam eine zukunftsfähige Region mit guten Entwicklungschancen und hoher Lebensqualität an. Wir sind willens, hierüber den Dialog weiter zu führen und laden die Betroffenen ein, sich an diesem Dialog in Form eines neuen Forums „Flughafen und Region“ konstruktiv zu beteiligen.
3. Mit der beabsichtigten Etablierung eines „Umwelthauses“ in neutraler Trägerschaft werden neue Maßstäbe für Transparenz und Information gesetzt. Als Informationsstelle für Bürgerinnen und Bürger in Flughafenfragen, sowie als Dialog- und Monitoring-Zentrum zu den Themen Fluglärm, Auswirkungen des Flughafens auf die Umwelt und Auswirkungen des Flughafens auf die Sozialstruktur bietet das „Umwelthaus“ die Grundlagen für gegenseitiges Vertrauen. Positive wie negative Entwicklungen werden frühzeitig für alle Beteiligten erkennbar.
4. Ziel ist es, mit den genannten Maßnahmen und den gemeinsamen Erkenntnissen dieses Dialogs die Kooperation zwischen Flughafen, seinen Nutzern und den Anwohnern kontinuierlich und nachhaltig zu verbessern.

Die Beteiligten erklären, dass mit diesen Deklarationen kein Verzicht auf Rechtsbehelfe gegen den Planfeststellungsbeschluss verbunden ist. Soweit sie im Planfeststellungsverfahren Erklärungen und Stellungnahmen abgegeben oder Einwendungen erhoben haben, halten sie diese ausdrücklich in vollem Umfang aufrecht.

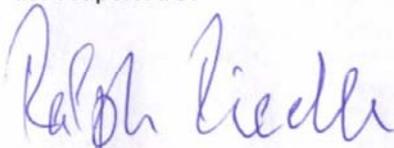
Wiesbaden, den 12. Dezember 2007



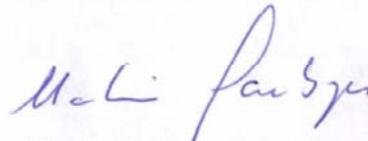
Dr. Stefan Schulte
Stv. Vorstandsvorsitzender
der Fraport A.G.



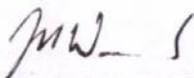
Stefan Lauer
Mitglied des Vorstandes
der Deutschen Lufthansa A.G.



Ralph Riedle
Geschäftsführer Betriebsdienste der
DFS Deutsche Flugsicherung GmbH



Martin Gaebges
Generalsekretär des Board of Airline
Representatives in Germany (BARIG)



Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner
Vorsitzender des Regionalen Dialogforums



Roland Koch
Hessischer Ministerpräsident